

# „Vor der Verantwortung gedrückt“

Lüneburg. „Bezahlbarer Wohnraum ist ein Grundrecht und hat für uns höchste Priorität“, machen SPD-Fraktionschef Klaus-Dieter Salewski und sein Fraktionskollege Friedrich von Mansberg deutlich. Deshalb sei für sie auch unverständlich, dass die Grünen im vergangenen Bauausschuss nicht an der Abstimmung zu den Bebauungsplänen Hanseviertel-Ost teilgenommen hätten. Denn schließlich gehöre dieses Projekt zum vom Stadtrat beschlossenen Wohnungsbauprogramm, mit dem insgesamt 2100 Wohneinheiten bis 2021 geschaffen werden sollen – 700 davon öffentlich gefördert.

Den Grund dafür, dass die Grünen bei der Beschlussfassung nicht mitgemacht hatten, hatte deren Fraktionsvorsitzender Ulrich Blanck in der Sitzung noch einmal deutlich gemacht. Die Politiker hätten die Gutachten für die drei Bebauungspläne nicht erhalten (LZ berichtete). Oberbürgermeister Ulrich Mädge hatte in der Sitzung zuvor darauf verwiesen, dass jeder Politiker im Rathaus in die Gutachten Einsicht nehmen könnte. Die Unterlagen in Kopie rauszurücken, sei

SPD-Politiker verstehen nicht, warum die Grünen an der Abstimmung zu den Plänen für das Hanseviertel-Ost nicht teilnahmen

aber aus rechtlichen Gründen nicht möglich. Immerhin füllen die Gutachten neun Aktenordner. Diese in knapp fünf Wochen im Rathaus zu durchforsten, sei für ehrenamtliche Kommunalpolitiker neben dem Beruf kaum möglich, hatten die Grünen kritisiert und erhielten dabei auch Unterstützung von der FDP. Mehrheitlich ohne die Stimmen der Grünen gab es im Bauausschuss schließlich grünes Licht für die Bebauungspläne. Überraschenderweise hieß es anschließend seitens des Oberbürgermeisters, dass die Gutachten allen Mitgliedern des Rates digital zugänglich gemacht werden.

Aus Sicht der SPD-Politiker Salewski und von Mansberg haben sich die Grünen „vor der Verantwortung gedrückt“. Und sie nehmen die Fraktion auch noch in einer anderen Sache ins Visier. Blanck hatte, wie berichtet, ins Spiel gebracht, dass man zur

„Ökonomische Vernunft, ökologische Verantwortung und eine soziale Ausrichtung werden in Einklang gebracht.“

**Klaus-Dieter Salewski**  
SPD-Fraktionschef zur  
Rolle der Lüwobau

Senkung der Kassenkredite möglicherweise auch über den anteiligen Verkauf von Anteilen an städtischen Gesellschaften nachdenken könnte. Beispielsweise könnte doch die Beteiligung der Stadt an der Lüneburger Wohnungsbaugesellschaft (Lüwobau) von 92,03 auf 80 Prozent sinken und damit Millionenschulden getilgt werden, meinte Blanck. Sein Vorschlag: Anteile könnten an den Landkreis verkauft werden. Der biete sich an, weil er die Kreissiedlungsgesellschaft beschlossen habe. Würde er bei der Lüwobau einsteigen, wäre dies das Signal für eine künftig bessere gemeinsame Planung der Wohnungsbaupolitik.

Die SPD winkte entschlossen ab mit dem Hinweis, dass städtische Beteiligungen einen wichtigen Beitrag zur öffentlichen Daseinsvorsorge leisteten. Was die Lüwobau betreffe, sei gar nicht hoch genug einzuschätzen, „was sie in den letzten Jahren für unsere Stadt geleistet hat“, betont Salewski erneut, nachdem sich die Fraktion und der Ortsverein bei einem Gespräch mit Heiderose Schäfke, Geschäftsführerin der Lüwobau, über Ar-



SPD-Fraktionschef im Stadtrat, Klaus-Dieter Salewski Foto: t&w

beit und Perspektiven der Gesellschaft informiert hatten. „Hier wurden enorme Summen nicht nur für den Neubau von Wohnungen, sondern auch in energetische Sanierung und Erhalt des Altbestandes investiert. Mindestens genauso wichtig ist: Hier wird ökonomische Vernunft, ökologische Verantwortung und eine soziale Ausrichtung in Einklang gebracht.“ Und mit Blick auf das Wohnungsbauprogramm der Stadt verweist von Mansberg darauf, dass die Hälfte der 700 öffentlich geförderten Wohneinheiten von der Lüwobau erstellt werden. *as*